

## Pfändungsfreigrenzen erhöht

Seit dem 1. Juli 2019 gelten höhere Pfändungsfreigrenzen fürs Nettoeinkommen. Schuldner mit regelmäßigem Einkommen haben dann mehr finanziellen Spielraum. Wir beraten Sie.



© jarmoluk - Pixabay.com

### DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

1. Der unpfändbare Grundbetrag für Nettoeinkommen beträgt seit dem 1. Juli 2019 monatlich 1.179,99 Euro.
2. Haben Verbraucher Unterhaltspflichten, erhalten Sie einen höheren Freibetrag.
3. Die Freigrenzen werden alle zwei Jahre an die allgemeine Entwicklung der

Lebenshaltungskosten angepasst.

Stand: 02.07.2019

Seit dem 1. Juli 2019 beträgt der unpfändbare Grundbetrag nach der neuen Pfändungstabelle 1.179,99 Euro pro Monat.

Wer Unterhaltsverpflichtungen erfüllt, erhält einen höheren Freibetrag. Bei einem Kind liegt dieser bei 1.629,99 Euro, bei zwei oder mehr Kindern entsprechend höher. Konkret bedeutet das: Nur wenn Betroffene mehr als ihren Freibetrag verdienen, müssen sie bei einer Zwangsvollstreckung einen Teil an ihre Gläubiger abtreten.

- **Pfändungstabelle: Pfändungsfreigrenzen für Einkommen, gültig seit dem 1. Juli 2019**

## **RECHENBEISPIEL**

Ein alleinstehender Schuldner, der monatlich 1.400 Euro verdient, darf 1.245,01 Euro behalten, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ist er für eine Person unterhaltspflichtig, muss er gar nichts von seinem Lohn abtreten.

---

### **Regelmäßig angepasst**

Maßstab für Erhöhungen der Freigrenzen ist vor allem die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Durch eine Dynamisierungsregelung werden die Pfändungsfreigrenzen alle zwei Jahre, jeweils zum 1. Juli, entsprechend der Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages überprüft und gegebenenfalls angehoben, um Schuldnern das Existenzminimum zu erhalten und einen Anreiz zu geben, Einkommen zu erzielen und nicht von der Sozialhilfe leben zu müssen.

Die neuen Pfändungsfreigrenzen bleiben nun für zwei Jahre unverändert. Die nächste

Überprüfung findet zum 1. Juli 2021 statt.

---

## **Gespräch vereinbaren**

Wir bieten verschuldeten Verbrauchern eine persönliche Kurzberatung an. Vereinbaren Sie einfach unter Tel. (040) 248 32-109 oder per E-Mail unter [termine@vzhh.de](mailto:termine@vzhh.de) einen Termin. Die Beratung ist kostenlos, denn sie wird in der Regel von der Stadt Hamburg gefördert. Nur wenn Ihr Einkommen eine bestimmte Grenze übersteigt, müssen Sie für unsere Hilfe zahlen.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

<https://www.vzhh.de/themen/schulden/pfaendungsfreigrenzen-erhoeht>